

Luxemburg, den 9. Oktober 2026

Riseg Erausfuerderungen. K(l)eng Léisungen.

Et geet och anescht!

Ein neues parlamentarisches Jahr beginnt. Es verbleiben in dieser Legislaturperiode zwei entscheidende Jahre. Zeit genug, um wichtige Weichen für die Zukunft zu stellen. Aber dafür braucht es mehr als einzelne Maßnahmen. Es braucht einen Plan.

Denn, Luxemburg steht vor großen Herausforderungen: Wohnen bleibt für viele Menschen unbezahlbar, die Klimakrise ist längst im Alltag angekommen, Landwirtschaft und Natur müssen widerstandsfähiger werden und im Gesundheitswesen warten Menschen noch immer zu lange auf notwendige Hilfe.

Doch zu oft redet die Regierung Probleme klein, setzt falsche Anreize oder verschiebt notwendige Entscheidungen auf später. Sie spricht von Modernisierung und Wettbewerbsfähigkeit, ohne ausreichend aufzuzeigen, wie sie die grundlegenden Probleme des Landes langfristig lösen will. Gleichzeitig riskiert sie mit kostspieligen Maßnahmen wie der geplanten Steuerreform, den finanziellen Spielraum für die Investitionen von morgen einzuschränken.

Als déi gréng stehen wir für einen anderen Weg: Heute gezielt entlasten, vorausschauend investieren und Probleme an der Wurzel anpacken. Denn Luxemburg braucht eine Politik, die nicht nur die Probleme von heute verwaltet, sondern auch die Herausforderungen von morgen konsequent anpackt.

Wohnungsbau und Finanzen: Heute entlasten, ohne morgen die Zukunft zu verbauen

Die Wohnungskrise braucht vor allem eines: **mehr bezahlbaren Wohnraum**. Trotzdem setzt die Regierung verstärkt auf steuerliche Vorteile für private Investor*innen. So besteht die Gefahr, dass öffentliche Mittel vor allem die Rendite privater Investitionen verbessern, statt die strukturellen Ursachen der Wohnungskrise zu beheben.

Für déi gréng muss die Bezahlbarkeit im Mittelpunkt der Wohnbaupolitik stehen. Dafür braucht es eine **Investitionsoffensive in öffentlichen und bezahlbaren Wohnraum, einen stärkeren Mieterschutz, sowie wirksame Instrumente gegen Baulandhortung und Leerstand und eine Regulierung der Mietpreise**. Letztere lehnt die Regierung jedoch ab.

Damit Luxemburg sich diese, aber auch die für die Zukunft notwendigen Investitionen in Infrastrukturprojekte, Mobilität und Klimaschutz langfristig leisten kann, muss auch der Staat finanziell handlungsfähig bleiben. Diese Handlungsfähigkeit gerät jedoch zunehmend ins Wanken.

Im mehrjährigen Haushaltplan, der am Mittwoch vorgestellt wurde, steigt die Schuldenquote des Staates nämlich deutlich, trotz immer noch optimistischer Wachstumsschätzungen. Dies bedeutet zudem, dass die Steuerreform in Teilen schuldenfinanziert ist.

Als déi gréng stehen wir für eine klare Alternative, die gerechter und weniger riskant ist: niedrige und mittlere Einkommen gezielter entlasten, sehr hohe Einkommen und Vermögen stärker beteiligen und somit den finanziellen Spielraum für Zukunftsinvestitionen aufrechterhalten.

Die zentrale Frage dieser Rentrée lautet deshalb: Was ist nach der Steuerreform eigentlich noch der Plan dieser Regierung für die kommenden zwei Jahre?

Klima und Umwelt: Klare Richtung statt widersprüchlicher Einzelmaßnahmen

Der vergangene Sommer hat verdeutlicht: Die Klimakrise ist längst in Luxemburg angekommen – in überhitzten Wohnungen, Schulen, Krankenhäusern und Pflegeheimen, bei Trockenheit und Belastungen für Natur und Landwirtschaft.

Die Regierung muss deshalb gleichzeitig den Klimaschutz beschleunigen und Luxemburg besser auf die Folgen vorbereiten, die sich nicht mehr vermeiden lassen. Dabei geht es längst nicht mehr allein um klassische Klima- und Umweltpolitik, sondern auch um Arbeitsrecht, Gesundheit, Landwirtschaft, Infrastruktur- und Raumplanung oder den sozialen Schutz.

Deshalb werden wir uns in der Chamber für die Einsetzung einer Spezialkommission zur Klimakrise stark machen. Die Spezialkommission soll ressortübergreifend untersuchen, wo zusätzliche Maßnahmen und gesetzliche Änderungen notwendig sind, um Treibhausgas-Emissionen schneller zu senken und die Abhängigkeit von fossilen Energien zu überwinden um die Bevölkerung, Natur und Wirtschaft besser gegen die Folgen der Klimakrise zu schützen. Die Klimakrise ist eine transversale Herausforderung, und genau so muss sie endlich auch politisch behandelt werden.

Landwirtschaft: Resilienz und Naturschutz gehören zusammen

Die Bäuerinnen und Bauern haben die Klimakrise diesen Sommer auf ihren Feldern und bei ihrem Einkommen zu spüren bekommen. Sie dürfen mit der Anpassung daran nicht allein gelassen werden.

Statt von einer Krise zur nächsten zu reagieren, muss die Politik ihnen die Mittel und Planungssicherheit geben, die ihnen es erlauben ihre Betriebe widerstandsfähiger aufzustellen und gleichzeitig Böden, Wasser und Biodiversität zu schützen. Das neue Agrargesetz muss deshalb dringend die Weichen für eine Landwirtschaft stellen, die den Bäuerinnen und Bauern eine sichere Zukunft bietet, widerstandsfähiger gegen die Klimakrise wird und zugleich Klima und Natur schützt.

Psychische Gesundheit: Wer Hilfe sucht, muss Hilfe bekommen

Drei Jahre nach dem Regierungswechsel sind zentrale Versprechen im Bereich der Gesundheit noch immer nicht eingelöst. Trotz einzelner Fortschritte bleiben lange Wartezeiten, Lücken zwischen stationärer und ambulanter Betreuung sowie finanzielle Hürden bestehen. Auch die Regulierung des Psycholog*innen-Berufs steht weiterhin aus.

Wer den Mut findet, sich Hilfe zu suchen, muss sich darauf verlassen können, sie auch zu bekommen. Wir fordern deshalb, dass der nationale Plan für psychische Gesundheit konsequent in eine verbindliche und flächendeckende Strategie ausgebaut wird, u.a. durch ein Netz niedrigschwelliger und vernetzter Anlaufstellen, einer vollständigen Erstattung der Psychotherapie bis 25 Jahre, einer Direktabrechnung ohne Vorstrecken der Kosten, sowie einer raschen Regulierung des Psycholog*innen-Berufs.

Die kommenden zwei Jahre dürfen keine verlorenen Jahre werden

Die CSV-DP-Regierung hat noch zwei Jahre, um Antworten auf die großen Herausforderungen des Landes zu geben. Jetzt braucht es eine klare Vision und konkrete Entscheidungen für heute und morgen, bei denen die Menschen im Mittelpunkt stehen und langfristige Perspektiven geschaffen werden.

In der Chamber werden déi gréng sich auch weiterhin nicht darauf beschränken die Entscheidungen der Regierung zu kommentieren, sondern eigene Vorschläge einbringen und wichtige Zukunftsfragen auf die parlamentarische Tagesordnung setzen.

Zu Beginn der neuen Sitzungsperiode gehören dazu unter anderem:

- ein Gesetzesvorschlag für das freiwillige Wahlrecht ab 16 Jahren bei Gemeindewahlen, mit dem Ziel, eine Teilnahme bereits 2029 zu ermöglichen;
- eine Aktualitätsstunde zur Lage der Biodiversität in Luxemburg;
- eine Aktualitätsstunde zur COP31;
- eine Aktualitätsstunde zu den PISA-Ergebnissen;
- sowie die Forderung nach einer Commission spéciale zur Klimakrise.

Wir sind überzeugt: Es geht auch anders - Heute gezielt entlasten, vorausschauend investieren und Probleme an der Wurzel anpacken. *Fir e bessert Liewe fir jiddereen.*

Unsere Mitglieder in den parlamentarischen Ausschüssen und Delegationen

- Bureau de la Chambre des Député·e·s : Sam Tanson – membre | Meris Sehovic – membre suppléant
- Conférence des président·es : Sam Tanson – observatrice

Commissions réglementaires

- Commission des Comptes : Djuna Bernard
- Commission des Pétitions : Meris Sehovic
- Commission du Règlement : Sam Tanson

Commissions permanentes

- Commission des Affaires étrangères et européennes, de la Coopération, du Commerce extérieur et de la Grande Région : Meris Sehovic pour les volets « Affaires européennes » | Sam Tanson pour les volets « Affaires étrangères », « Commerce extérieur » et « Grande Région » | Josée Lorsché pour le volet « Coopération »
- Sous-Commission des Affaires européennes de la Commission des Affaires étrangères et européennes, de la Coopération, du Commerce extérieur et à la Grande Région : Meris Sehovic
- Commission des Affaires intérieures : Josée Lorsché
- Commission de l'Economie, des petites et moyennes entreprises, du Tourisme, de l'Energie et de l'Espace : Meris Sehovic
- Commission de l'Exécution budgétaire : Josée Lorsché
- Commission de la Santé et de la Sécurité sociale : Josée Lorsché
- Commission du Travail : Djuna Bernard
- Commission des Sports : Josée Lorsché
- Commission de l'Agriculture, de l'Alimentation et de la Viticulture : Djuna Bernard
- Commission du Logement et de l'Aménagement du territoire : Meris Sehovic
- Commission de la Mobilité et des Travaux publics : Meris Sehovic
- Commission de la Défense : Sam Tanson
- Commission de l'Education nationale, de l'Enfance, et de la Jeunesse : Djuna Bernard
- Commission de l'Enseignement supérieur, de la Recherche et de la Digitalisation : Djuna Bernard pour les volets « Enseignement supérieur » et « Recherche » | Meris Sehovic pour le volet « Digitalisation »
- Commission de l'Environnement, du Climat, et de la Biodiversité : Meris Sehovic
- Commission de la Famille, des Solidarités, du Vivre ensemble, de l'Accueil, de l'Egalité des genres et de la Diversité : Djuna Bernard pour les volets « Famille », « Solidarité », « Vivre ensemble » et « Accueil » | Josée Lorsché pour les volets « Egalité des genres » et « Diversité »
- Commission des Finances : Sam Tanson
- Commission des Institutions : Sam Tanson
- Commission des Médias et des Communications : Djuna Bernard
- Commission de la Justice : Sam Tanson
- Commission de la Fonction publique : Josée Lorsché
- Commission de la Culture : Djuna Bernard
- Commission de Vérification des Pouvoirs : Josée Lorsché
- Commission spéciale Tripartite : Sam Tanson

Délégations aux assemblées parlementaires internationales

- Assemblée Interparlementaire Benelux : Djuna Bernard - Membre effectif
- Conseil Parlementaire Interrégional (CPI) : Djuna Bernard - Membre effectif
- COSAC : Meris Sehovic – Membre suppléante
- Délégation luxembourgeoise à l'Assemblée parlementaire de l'Organisation pour la Sécurité et la Coopération en Europe (OSCE) : Josée Lorsché - Membre suppléante

- Délégation luxembourgeoise auprès de l'Assemblée parlementaire de l'Union pour la Méditerranée (APUPM) : Sam Tanson – Membre suppléante
- Délégation luxembourgeoise du groupe de contrôle parlementaire conjoint d'Europol : Josée Lorsché – Membre effectif
- Délégation luxembourgeoise auprès de l'European Interparliamentary Space Conference (EISC) : Meris Sehovic – Membre suppléant

Délégations institutionnalisées et délégations de commission aux conférences et réseaux parlementaires non institutionnalisés

- Délégation auprès de la COP (Conference of parties) : Meris Sehovic
- Délégation luxembourgeoise auprès du réseau EUFORES : Meris Sehovic
- Commission de la condition de la femme des Nations Unies (UN CSW) : Josée Lorsché
- Women political leaders (WPL): Djuna Bernard